

WAHLPRÜFSTEINE DES LANDESVEREINIGUNG KULTURELLE JUGENDBILDUNG (LKJ) BERLIN E.V. – GRÜNE ANTWORTEN

Im Rahmen der Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen spielt kulturelle Bildung in – und außerhalb von Schule eine besondere Rolle. Welche Bedeutung hat Kulturelle Bildung aus Sicht Ihrer Partei und welche Aufgaben ergeben sich daraus in den nächsten 5 Jahren?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Kunst und Kultur sind Teil unserer Geschichte, unserer Tradition und unseres Selbstverständnisses. Sie sind ein konstitutives Element dieser Gesellschaft. Somit ist kulturelle Teilhabe die Voraussetzung für soziale Teilhabe an der Gesellschaft. Die Nutzung des Angebots muss daher auf der Chancengleichheit aller basieren und darf nicht abhängig vom Geldbeutel, der sozialen oder ethnischen Herkunft sein. Nur die Möglichkeit zur Partizipation an kultureller Bildung gewährleistet, dass sowohl ein kreatives Potenzial als auch ein kritisches Publikum nachwachsen kann und Kultur zukünftig lebendig gehalten wird.

Der Wert von Bildung und kulturellen Kompetenzen bemisst sich für uns nicht an der ökonomischen Verwertbarkeit. Kunst und Kreativität sind unerlässlicher Teil der Persönlichkeit, die als eigenständige Qualität der Entwicklung und Förderung bedarf. Im Prozess der kulturellen Bildung unterstützen wir daher den Ansatz, dass künstlerische Arbeit aus eigenem Recht und Willen erfolgt und die beteiligten Künstler*innen nicht instrumentalisiert werden dürfen, sondern ihre Autonomie bewahrt werden muss.

Die verschiedenen Akteure/Professionen der Kulturellen Bildung nehmen in dem Bildungsprozess verschiedenen Aufgaben wahr und kooperieren mit den verschiedenen Institutionen wie Kita, Schule, Jugendarbeit/Jugendkulturarbeit, Kultur. Wie unterstützt Ihre Partei diese Prozesse?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Kulturelle Bildung muss da stattfinden, wo die Menschen leben und sich mit ihrem Umfeld auseinandersetzen. Das Angebot zur kulturellen Bildung muss daher ebenso vielfältig wie dezentral sein. Neben offenen Angeboten in den Bezirken und der Möglichkeit selbst organisierte Aktivitäten auszuüben, gilt es auch die Berliner Kulturinstitutionen zur kulturellen Bildung zu verpflichten. Wichtig ist daher eine übergreifende Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit für das stadtweite Spektrum zur kulturellen Bildung, um die Vielfalt für alle nutzbar machen zu können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die bestehenden Einrichtungen im Bereich der kulturellen Bildung erhalten bleiben: insbesondere die Musikschulen, Jugendkunstschule und die

Jugendkulturzentren, die Medienkompetenzzentren, Bibliotheken und Volkshochschulen. Viele Jugend- und Kultureinrichtungen leisten bereits einen fundamentalen Beitrag zur nachhaltigen Infrastruktur kultureller Bildung für alle Generationen. Dieses Engagement gilt es zu stärken und die Vernetzung unter den Akteuren auszubauen. Hilfreich sind hier gute Informationsplattformen wie InfoPoint Kulturelle Bildung, der Infonet-Kalender oder der Kubinaut zur Orientierungspunkte für alle Interessierten.

Wir unterstützen den Tandem-Ansatz, über den ein Partner aus dem Bereich Kultur eng mit einem Partner aus dem Bereich Bildung oder Jugend zusammenarbeitet und gemeinsam Projekte zur kulturellen Bildung entwickelt werden.

Das Berliner Rahmenkonzept Kulturelle Bildung wurde 2006 eingeführt, vieles konnte erreicht werden. Wie werden Sie die bestehende Infrastruktur der Kulturellen Bildung aufrechterhalten, finanziell ausstatten und zukunftsorientiert gestalten?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das Rahmenkonzept kulturelle Bildung bietet eine gute Grundlage, um die Strukturen zur Stärkung der kulturellen Bildung in Berlin zu sichern und aus- bzw. aufzubauen.

Kulturelle Bildung ist eine Querschnittsaufgabe, für die sich sowohl der Kultur-, der Jugend- aber insbesondere auch der Bildungsbereich verantwortlich fühlen und entsprechende finanzielle Ressourcen für die Arbeit zur Verfügung stellen müssen. Zudem ist eine stärkere Einbindung der Ressorts Stadtentwicklung und Wissenschaft in das Netzwerk kultureller Bildung denkbar und sinnvoll.

Die Aufstockung des Projektfonds für kulturelle Bildung aus dem Kulturhaushalt sowie eine Überführung bewährter Projekte aus der Fördersäule Zwei in den Landeshaushalt halten wir für den richtigen Weg. Neben dem Ermöglichen von Projektarbeit setzen wir uns insbesondere dafür ein, dass lang gewachsene Einrichtungen der kulturellen Bildung, und hier sind insbesondere die Musikschulen zu nennen, endlich eine solide Finanzierung erfahren, auf deren Grundlage sie die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen können.

Um den Zugang zur Kultur zu erleichtern, setzen wir uns als Grüne dafür ein, dass jedes Kind mindestens viermal im Jahr mit der Schule Berliner Kultureinrichtungen kostenlos besuchen kann, etwa einmal ins Kino, einmal ins Theater, einmal ins Konzert und einmal ins Museum. Zudem wollen wir die Kulturvermittlung an Schulen intensivieren und neben dem regulären Fachunterricht in den musischen Fächern das Modell der Kulturagent*innen an Schulen verstetigen.

Um auch Erwachsenen den Zugang zu Kultur und kulturellem Erbe zu erleichtern, setzen wir uns für dafür ein, dass sie die Dauerausstellungen der öffentlichen Museen auch kostenlos besuchen können und der Besucherservice ausgebaut wird.

Zudem setzen wir uns für eine ausreichende Förderung der Kultureinrichtungen ein, deren künstlerisches Selbstverständnis auf Bildungsarbeit durch ästhetische Erfahrung beruht; dies

schließt die Opernhäuser ebenso ein wie die Kinder- und Jugendtheater, die Kindermuseen und die vielen Akteure im Bereich der Jugendarbeit, die seit Jahren Kultur für, mit und von Kindern entwickeln.

Zentraler Baustein der kulturellen Infrastruktur sind für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die öffentlichen Bibliotheken. Sie sind die meistbesuchten Kultur- und Bildungseinrichtungen Berlins. Jährlich nutzen 7,7 Mio Menschen das Angebot der öffentlichen Bibliotheken, davon sind allein 1,3 Mio Nutzer*innen der Zentral- und Landesbibliothek – Tendenz steigend. Bibliotheken übernehmen in der sozialen Infrastruktur eine einzigartige Aufgabe und gewährleisten das Grundrecht auf Information und Meinungsbildung. In Zusammenarbeit zwischen Land und Bezirken wollen wir im bestehenden System neue Finanzierungsmodelle erarbeiten, um die individuell geprägten Standorte auf Landes- wie auf Bezirksebene zu sichern: Es geht um die Ausstattung mit Medien und Fachpersonal, um den Etat für Programmarbeit vor allem im Bereich Kinder und Jugend, den Ausbau von Mehrsprachigkeit zur Förderung des Bereichs der Integration und um die Entwicklung *Digitaler Welten* mit einem starken Angebot in der Medienbildung.

Die Herausforderungen unserer Zeit sind Inklusion, kulturelle Teilhabegerechtigkeit und Partizipation. Wie schafft Ihre Partei die Grundlagen dafür, welche Ressourcen werden zur Verfügung gestellt?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Verschiedenheit von Menschen betrachten wir als Normalität und Chance für Berlin. Unser Ziel ist eine inklusive Stadtgesellschaft, die der Vielfalt der Berliner*innen Rechnung trägt und allen Menschen gleiche Chancen und Teilhabe ermöglicht. Die Berliner Jugendhilfe ist schon einen wichtigen Teil dieses Weges gegangen – insbesondere die Kitas. Bei Schulen, im Arbeitsmarkt, bei der Mobilität und in der Verwaltung ist noch viel zu tun. Unter Federführung der Senatsverwaltung für Jugend und Familie wollen wir ein Netzwerk Inklusion schaffen. Für Kinder mit besonderen Bedarfen und ihre gesamte Familie werden wir ein Lotsensystem anbieten, um sie aus dem Dschungel der Rechtssysteme zu führen; dieses könnte bei den schulpsychologischen und inklusionspädagogischen Beratungszentren angesiedelt werden. Kinder mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf brauchen auch weiterhin Hilfe im Alltag. Wir setzen auf landesweite Rahmenvereinbarungen. Durch Angebote in leichter Sprache und von Gebärdendolmetscher*innen wollen wir Behördenvorgänge verständlich und zugänglich machen.

Sechs Jahre nach Inkrafttreten des Integrations- und Partizipationsgesetzes müssen dringend neue Entwicklungen darin aufgenommen werden; dafür wollen wir das Gesetz evaluieren und auf seine Wirksamkeit hin überprüfen. Klar ist, dass es Nachbesserungsbedarf gibt: unter anderem sollten der Migrationshintergrund erfasst, bei der interkulturellen Öffnung der Unternehmen mit Landesbeteiligung nachgebessert, interkulturelle Kompetenz und die Durchsetzung gleichberechtigter Teilhabe gefördert werden. Teilhabe ohne Abbau von institutioneller Diskriminierung ist kaum möglich.

Wir GRÜNE wollen ein Antidiskriminierungsgesetz einführen, das die Gleichbehandlung aller sicherstellt. Wir sorgen dafür, dass es wieder eine*n unabhängige*n Integrationsbeauftragte*n gibt –

einen Posten, den Rot-Schwarz de facto abgeschafft hat. Auch die Mitbestimmungsstrukturen und die Kooperation mit den Migranten-Selbstorganisationen (MSO) sowie den Neuen Deutschen Organisationen (NDO) wollen wir weiterentwickeln. Sie sind längst unverzichtbarer Teil der interkulturellen Öffnung geworden. Jobcenter, Schulen, Berufsbildung, Kulturarbeit – das Zusammenleben in den Kiezen lebt von ihrer Aktivität und Kompetenz. Darum entwickeln wir eine solide und transparente Fördersystematik, die der Rolle dieser Organisationen gerecht wird. Den Karneval der Kulturen werden wir erhalten.

Zudem ist unser Ziel, die kulturelle Bildung stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Das fängt in der Kita an und hört im Seniorenheim auf. Kultur definiert unsere pluralistische, tolerante, demokratische Gesellschaft. Sie verschafft Identität und Heimatgefühle. Das gilt für hier geborene wie für hierhergekommene Menschen.

Kinder und Jugendliche sind Partner in der kulturellen Bildung und müssen als solche ernst genommen werden. Eine auf Partizipation basierende kulturelle Bildung ist ein gemeinsamer Lernprozess, der auf Bedürfnisse reagiert, Angebote bereitstellt, Raum für Kritik bietet und vorhandenes Potenzial fördert sowie eine regelmäßige Evaluation der gemeinsamen Arbeit garantiert.

Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur von früh an dient nicht nur gesellschaftlichen und sozialen Erneuerungsprozessen, sondern auch der individuellen Lebensqualität. Kulturelle Bildung muss daher so früh wie möglich ansetzen, also nicht erst in der Schule, sondern schon in Kita und Familie. Da kulturelle Bildung ein lebenslanger Prozess ist, brauchen wir den unterschiedlichen Lebensphasen entsprechende Angebote sowie die Möglichkeit zum altersübergreifenden Lernen.

Kulturelle Bildung braucht Qualitätsstandards. Wie werden diese Qualitätsstandards entwickelt und welche Rolle weisen Sie den Einrichtungen der Jugendarbeit / Jugendkulturarbeit zu?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir unterstützen die Forderung nach Qualitätsstandards für die kulturelle Bildungsarbeit. Im vierten Fortschrittsbericht zur Umsetzung des Rahmenkonzepts kulturelle Bildung werden zahlreiche Programme benannt, die in den vergangenen Jahren eingerichtet wurden, um Prozesse und Initiativen im Bereich der kulturellen Bildung wissenschaftlich zu begleiten, zu evaluieren und zu zertifizieren. Die Stiftung Mercator, die Bundeskulturstiftung und auch die Bundesregierung investieren in die Erforschung von Gelingensbedingungen und Qualitätsfaktoren für die kulturelle Bildungsarbeit. Dies begrüßen wir Grüne ausdrücklich.

Die beschriebenen Akteure haben Impulse gesetzt, die es weiterzuführen gilt und die konkret auf ihre Praxistauglichkeit für die Berliner Arbeit im Bereich der kulturellen Bildung zu prüfen sind.

Die Landesvereinigung Kulturelle Bildung kann in diesem Prozess ein starker Partner sein und u.a. ihre Erfahrungen aus dem *Kompetenznachweis Kultur* einfließen lassen.